

NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt der Stadt Baesweiler
am 26.11.2002 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich**

Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 19.05 Uhr

Anwesend waren:

a) **stimmberechtigt:**

Dederichs, Norbert als Vorsitzender
Beckers, Rolf für **Deserno, Hans-Dieter**
Clemens, Stefan
Flecken, Hans-Josef
Geller, Thomas
Hüttner, Manfred
Kick, Andreas
Körlings, Franz für **Menke, Wilfried**
Lankow, Wolfgang für **Feldeisen, Willy**
Lux, Heiko
Mandelartz, Alfred
Mürkens, Franz-Josef
Walmanns, Karl
Zillgens, Bruno

b) **von der Verwaltung:**

I. und Techn. Beigeordneter Strauch
StOAR Römgens
StOI Schröter
StA Bergs als Schriftführer

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 15.11.2002 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden.

Der Ausschuss war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tagesordnung:

1. Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 08.10.2002
2. Parksituation in der Maarstraße;
hier: Antrag einer Anwohnerin
3. Geschwindigkeitsverhalten in der Fuchsenge;
hier: Antrag von Anwohnern
4. Verkehrssituation im Siegenkamp;
hier: Antrag eines Anwohners
5. Ausweisung der Pastor-Stegers-Straße als Verkehrsberuhigter Bereich;
hier: Antrag des CDU-Ortsverbandes Setterich
6. Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplanes der Bezirksregierung Köln
7. Lärminderungsplanung;
hier: Vorstellung der Ergebnisse
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

1.) Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 08.10.2002

Einstimmig genehmigte der Ausschuss die vorgenannte Niederschrift.

2.) Parksituation in den Maarstraße;

hier: Antrag einer Anwohnerin

Nach Aussprache beauftragte der Ausschuss einstimmig die Verwaltung, in der Maarstraße in Höhe des Hauses Nr. 42 in der Verlängerung des dortigen Gehweges eine ca. 3 m lange Sperrfläche zu markieren.

3.) Geschwindigkeitsverhalten in der Fuchsen-gasse;

hier: Antrag von Anwohnern

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“, dass die Ausweisung der Fuchsen-gasse als „Verkehrsberuhigter Bereich“ sich anbiete. Den Anwohnern sollte daher mitgeteilt werden, dass bei Ausweisung der Fuchsen-gasse als „Verkehrsberuhigter Bereich“ nicht mehr dort geparkt werden dürfe, wo eine freie Fläche sei, sondern nur noch auf markierten Flächen. Er beantragte daher, den v. g. Tagesordnungspunkt zurückzustellen, damit eine Bereisung durch die Verkehrskommission erfolgen könne und bat darum die Anwohner entsprechend zu informieren.

Ausschussmitglied Zillgens erklärte, für die SPD-Fraktion, die Fuchsen-gasse als „Verkehrsberuhigten Bereich“ auszuweisen und bat daher ebenfalls den v. g. Tagesordnungspunkt zurückzustellen, damit eine Bereisung durch die Verkehrskommission erfolgen könne.

Nach eingehender Aussprache lehnte der Ausschuss mit 11 Nein-Stimmen und 3 Ja-Stimmen den Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ ab.

Sodann sah der Ausschuss mit 11 Nein-Stimmen und 3 Ja-Stimmen von einer Ausweisung der Fuchsen-gasse als „Verkehrsberuhigten Bereich“ ab.

4.) Verkehrssituation im Siegenkamp;

hier: Antrag eines Anwohners

Ausschussmitglied Beckers erklärte, dass die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ den Beschlussvorschlag der Verwaltung unterstütze regte aber an, eine Überplanung für den Siegenkamp mit den Einmündungsbereichen vorzulegen, wenn die Bebauung im dortigen Neubaugebiet abgeschlossen sei. Handlungsbedarf sehe er jedoch in der erheblichen Verschmutzung des Siegenkamps.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erklärte ergänzend zur Verwaltungsvorlage, dass die Straße „Siegenkamp“ ab sofort jeden Samstagmorgen durch die Kehrmaschine gereinigt werde. Weiterhin sei vorgesehen, nach Beendigung der dortigen Bautätigkeiten den Siegenkamp Geschwindigkeitsberuhigt auszubauen.

Ausschussmitglied Flecken schlug für die CDU-Fraktion vor, den letzten Satz des Beschlussvorschlages der Verwaltung zu streichen, da er rechtliche Probleme hinsichtlich der durchzuführenden gelegentlichen Geschwindigkeitskontrollen durch die Polizei und den Kreis Aachen sehe. Weiter sollte der Beschlussvorschlag vor den Worten „bauliche Maßnahmen...“ um das Wort „zurzeit“ ergänzt werden.

Sodann sah der Ausschuss einstimmig aufgrund des geringen Verkehrsaufkommens und der verhältnismäßig moderaten Geschwindigkeiten keine Notwendigkeit, im Siegenkamp zurzeit bauliche Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung durchzuführen.

5.) Ausweisung eines „verkehrsberuhigten Bereiches“ in der Pastor-Stegers-Straße;

hier: Antrag des CDU- Ortsverbandes Setterich

Ergänzend zur Verwaltungsvorlage teilte I. und Techn. Beigeordneter Strauch dem Ausschuss mit, dass die Anwohner der Pastor-Stegers-Straße bereits eine Befragung bzgl. der Ausweisung als „Verkehrsberuhigten Bereich“ durchgeführt hätten. Bis auf 3 Enthaltungen hätten sie sich für die Ausweisung der Pastor-Stegers-Straße als „Verkehrsberuhigten Bereich“ ausgesprochen. Er bat daher den Ausschuss den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie folgt zu ändern:

„Die Mitglieder des Verkehrs- und Umweltausschusses beauftragten die Verwaltung, die Pastor-Stegers-Straße als „Verkehrsberuhigten Bereich“ auszuweisen.“

Sodann beauftragte der Ausschuss einstimmig die Verwaltung, die Pastor-Stegers-Straße als „Verkehrsberuhigten Bereich“ auszuweisen.

6.) Stellungnahme der Stadt Baesweiler zum Abfallwirtschaftsplan der Bezirksregierung Köln;

Nach Kenntnisnahme der ausführlichen Verwaltungsvorlage durch die Ausschussmitglieder wurde diese nochmals durch Herrn I. und Techn. Beigeordneten Strauch erläutert.

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“, dass es sicherlich sinnvoll sei, den von der Bezirksregierung vorgeschlagenen „Abfallzweckverband West“ zu gründen. Die Problematik hierbei sei jedoch, dass der Kreis Heinsberg nicht mitmache. Auch seien bestimmte Positionen durch die gemeinsame formulierte Stellungnahme aufgeweicht worden, zum Beispiel die Vorsortierung des Sperrmülls, die Grenzwerte für die Kompostieranlagen sowie die Anbindung der Müllverbrennungsanlage Weisweiler an den Schienenverkehr.

Seine Fraktion nehme zwar die gemeinsame formulierte Stellungnahme der Entsorgungsregion West zum Abfallwirtschaftsplan der Bezirksregierung Köln zur Kenntnis könne aber nicht die darin enthaltenen Aussagen unterstützen.

Nach eingehender Aussprache nahm der Ausschuss mit 13 Ja-Stimmen und 1 Nein- Stimme die gemeinsame Stellungnahme der Entsorgungsregion West zum Abfallwirtschaftsplan der Bezirksregierung Köln zur Kenntnis und unterstützt die darin enthaltenen Aussagen.

7.) Lärminderungsplanung;

hier: Vorstellung der Ergebnisse

Nach Kenntnisnahme der ausführlichen Verwaltungsvorlage durch die Ausschussmitglieder wurde diese noch einmal durch den I. und Techn. Beigeordneten Strauch erläutert.

Für die SPD-Fraktion zeigte sich Ausschussmitglied Zillgens erfreut über das Ergebnis der vorliegenden Lärminderungsplanung. Die SPD-Fraktion werde den Lärminderungsplan kritisch betrachten und entsprechende Verbesserungsvorschläge unterbreiten.

Für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ warnte Ausschussmitglied Beckers davor, sich zu sehr an die im Lärminderungsplan aufgeführten Zahlen zu orientieren, da man hier mit statistischen Werten arbeite. Das Handlungskonzept gebe aber eine Menge her, an dem in den vergangenen Jahren gearbeitet wurde man aber dennoch nicht richtig weiter gekommen sei, zum Beispiel Fußgängerverkehr, Radverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr sowie Geschwindigkeitsreduzierungen.

Er beantragte daher den Beschlussvorschlag wie folgt abzuändern:

„Der Verkehrs- und Umweltausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung

a) die in Teil 2 des Handlungskonzeptes auf Seite 65 getroffenen Aussagen zur Verkehrslärmreduzierung im Innerörtlichen Bereich durch Verlagerung der Überörtlichen Straßen den entscheidenden Behörden als weiteres Argument zur baldigen Realisierung vorzutragen und

b) das Gutachten auszuwerten und dem Ausschuss für Verkehr und Umwelt Entscheidungsvorschläge zu unterbreiten und zwar für die dargestellten Sofortmaßnahmen in der nächsten Sitzung und für die dargestellten kurzfristige Maßnahmen bis Ende 2003.“

Für die CDU-Fraktion erklärte Ausschussmitglied Lankow, dass die Anregungen, die im Lärminderungsplan aufgeführt seien, mit in die Überlegungen eingehen sollten, die zukünftig zu verwirklichen seien. Er warnte aber dringend davor, das Konzept Punkt für Punkt rigoros umzusetzen.

Daher reiche der CDU-Fraktion der Beschlussvorschlag der Verwaltung aus, um die Gesamtkonzeption der Lärminderungsplanung mit in die Stadtentwicklung einzubeziehen.

Ausschussmitglied Körlings erklärte, dass die CDU-Fraktion sich damit einverstanden erklären könne, dass unter Punkt b) des Beschlussvorschlages der Verwaltung stehende Wort „gegebenenfalls“ zu streichen.

Für die SPD-Fraktion erklärte Ausschussmitglied Mandelartz, dass nach dem Lärminderungsplan schon heute eine Lärmschädigung vorliege. Daher sollte man die gesundheitlichen Aspekte der Bevölkerung mit in Betracht ziehen und sich mit dem Lärminderungsplan auseinander setzen.

Daher werde die SPD-Fraktion dem geänderten Beschlussvorschlag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ zustimmen.

Nach eingehender Aussprache lehnte der Ausschuss mit 11 Nein-Stimmen und 3 Ja-Stimmen den geänderten Beschlussvorschlag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ ab.

Sodann nahm der Ausschuss mit 11 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung,

- a) die Aussagen zur Verkehrslärmreduzierung im innerörtlichen Bereich durch Verlagerung der überörtlichen Straßen den entscheidenden Behörden als weiteres Argument zur baldigen Realisierung vorzutragen und
- b) das Gutachten auszuwerten und Entscheidungsvorschläge zu unterbreiten.

8.) Mitteilungen der Verwaltung

I. und Techn. Beigeordneter Strauch teilte mit, dass der für Anfang November vorgesehene Entwurf der Vollzugshilfe für die Gewerbeabfallverordnung nunmehr für Ende Dezember angekündigt worden sei. Daher könne zum 01.01.2003 durch die Verwaltung keine Änderung der Abfallsatzung erfolgen. Da die in der Gewerbeabfallverordnung vorgesehenen Forderungen zum größten Teil in der hiesigen Abfallsatzung aufgeführt seien, sehe die Verwaltung keine Notwendigkeit bzw. nur einen geringen Handlungsbedarf, die Abfallsatzung zu ändern, entsprechende Vorschläge würden zu gegebener Zeit vorgelegt.

9.) Anfragen von Ausschussmitgliedern

Ausschussmitglied Flecken fragte an, ob die Lichtsignalanlage an der Kreuzung L 240 / K27 hinsichtlich ihrer Funktionsweise überprüft werden könne. Er habe festgestellt, dass die Verkehrsströme auf der L 240 manchmal nicht beachtet würden und es hierdurch zu längeren Rückstaus komme.

Die Verwaltung sagte einer Überprüfung zu.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

(Dederichs)

(Bergs)